



KfW Research

KfW-Internationalisierungsbericht 2025

Mittelständisches Auslandsgeschäft stagniert in schwierigem Umfeld – US-Politik lässt EU-Binnenmarkt noch wichtiger werden

Bank aus Verantwortung

KfW

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Redaktion

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
research@kfw.de

Autorin

Dr. Jennifer Abel-Koch
Telefon 069 7431-9592

Copyright Titelbild
Quelle: Thinkstock/iStock / Rrrainbow

Frankfurt am Main, Juni 2025

Mittelständisches Auslandsgeschäft stagniert in schwierigem Umfeld – US-Politik lässt EU-Binnenmarkt noch wichtiger werden

Eine anhaltende Stagnation, wachsender Druck auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, die immer stärkere Positionierung Chinas in wichtigen Schlüsselindustrien und der fortgesetzte Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten – in diesem schwierigen globalen Umfeld stellt die neue US-Politik unter Donald Trump eine zusätzliche Herausforderung für die deutsche Wirtschaft dar.

Im Mittelstand sind die USA wichtigstes Exportziel außerhalb Europas. Jedes sechste kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland hat Kunden, Zulieferer oder Wettbewerber in den USA. Von ihnen erwarten 34 % negative, weitere 9 % sogar sehr negative Auswirkungen der neuen US-Politik auf das eigene Unternehmen. Die konjunkturellen Risiken des neuen US-Protektionismus schüren jedoch auch bei Mittelständlern ohne transatlantische Geschäftsbeziehungen Sorgen.

Die neue US-Politik trifft den deutschen Export in einer Phase schwachen Wachstums. Auch im Mittelstand ist das Wachstum der Auslandsumsätze, das im Zuge der globalen Erholung von der Corona-Krise zu beobachten war, im Jahr 2023 zum Halten gekommen. Mit 698 Mrd. EUR lagen die mittelständischen Auslandsumsätze im Jahr 2023 nominal um 0,4 % unter dem Wert des Vorjahres. Real fiel der Verlust mit -6,5 % noch deutlicher aus.

Einzig im Verarbeitenden Gewerbe, das für 45 % der mittelständischen Auslandsumsätze verantwortlich ist, konnte das Auslandsgeschäft im Jahr 2023 noch Schwung aufweisen. Hier sind sowohl der durchschnittliche Umsatz je Auslandsaktivem als auch die Zahl der Auslandsaktiven gestiegen. Allerdings nimmt der Druck auf die internationale Wettbewerbsposition zu. Als größtes Risiko für ihre Wettbewerbsfähigkeit sehen die Unternehmen – noch vor Steuern und Abgaben, Energiekosten sowie Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen – die Bürokratie. Eine Belastung entsteht dabei auch durch Anforderungen im Zusammenhang mit Importen und Exporten: Komplexe Zollverfahren oder langwierige Ausfuhrgenehmigungen zählen für 39 % aller Auslandsaktiven im Verarbeitenden Gewerbe zu den wichtigsten Ursachen für Bürokratieaufwand.

Die schwache Entwicklung der mittelständischen Auslandsumsätze dürfte sich 2024 weiter fortgesetzt

und auch das Verarbeitende Gewerbe erfasst haben. Wie die Ergebnisse einer Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im Januar 2025 zeigen, konnten etwa 21 % aller Auslandsaktiven im Jahr 2024 einen Anstieg ihrer Auslandsumsätze gegenüber dem Vorjahr verzeichnen, wohingegen rund 25 % einen Rückgang hinnehmen mussten. Auch im Verarbeitenden Gewerbe waren Zuwächse mit 28 % weniger häufig als Rückgänge mit 34 %.

Die Standortbedingungen in Deutschland werden dabei als der größte Belastungsfaktor für das Auslandsgeschäft wahrgenommen. Aber auch die geopolitischen Krisen und Konflikte haben sich bei vielen Auslandsaktiven negativ auf das Geschäft ausgewirkt. Einen klar positiven Einfluss hatte dagegen die eigene Innovationsfähigkeit.

Veränderungen im außenwirtschaftlichen Umfeld haben zudem zu Verschiebungen in der regionalen Struktur mittelständischer Auslandsaktivitäten geführt. Dabei bleiben europäische Länder – insbesondere in direkter Nachbarschaft zu Deutschland – die wichtigsten Exportziele. Der Anteil Auslandsaktiver mit Umsätzen in Russland ist infolge des Handelsembargos zwischen 2015 und 2023 von 11 % auf 1 % zurückgegangen. Auch der Anteil Auslandsaktiver im Vereinigten Königreich ist aufgrund des Brexits von 25 % auf 16 % zurückgegangen. In China waren zuletzt nur noch 7 % statt vormals 11 % der Auslandsaktiven engagiert.

Perspektivisch dürfte die Bedeutung Europas für das mittelständische Auslandsgeschäft weiter zunehmen. Vor allem Mittel- und Osteuropa werden nach Einschätzung der Unternehmen in den kommenden drei Jahren stark an Attraktivität gewinnen, während China und das Vereinigte Königreich weiter an Bedeutung verlieren werden. Ungeachtet regionaler Verschiebungen zeigt sich der Mittelstand in seinen Erwartungen mit Blick auf das zukünftige Auslandsgeschäft gespalten. Rund 38% aller Auslandsaktiven halten ein moderates Wachstum ihres Auslandsgeschäfts in den kommenden drei Jahren für wahrscheinlich. Ein weiteres Drittel erwartet zumindest stabile Auslandsumsätze. Allerdings rechnen auch 20 % mit leicht rückläufigen Auslandsumsätzen, weitere 8 % sogar mit einem starken Einbruch.

Unter diesen Bedingungen ist es umso wichtiger, die

internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken. Wesentlich ist auch, den EU-Binnenmarkt weiterzuentwickeln. Ein Abbau bestehender Handelshemmnisse verstärkt Anreize für Innovationen, erhöht die Exporte und birgt ein enormes Potenzial für Produktivitäts- und Wertschöpfungsgewinne in allen EU-Ländern.

Deutscher Wirtschaft droht Gegenwind durch neue US-Politik

Die deutsche Wirtschaft, deren Erfolg lange Zeit auf dem Export hochwertiger Industriegüter in einem multilateralen Handelssystem fußte, stagniert seit fünf Jahren.¹ Bei einem schleichenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, anhaltenden geopolitischen Spannungen in der Ukraine und im Nahen Osten sowie einer wachsenden Exportdominanz Chinas in wichtigen Schlüsselindustrien² droht nun weiterer Gegenwind durch die protektionistische Handelspolitik der neuen US-Regierung. Mit einem Anteil von 10 % an den gesamten deutschen Exporten waren die USA im Jahr 2024 der wichtigste ausländische Absatzmarkt für deutsche Unternehmen.

Dass der neue US-Präsident Donald Trump es nicht bei Androhungen belässt, hat er durch die Einführung von Importzöllen von 25 % auf Stahl und Aluminium sowie Autos deutlich gemacht, die auch die EU treffen. Mit dem „Liberation Day“ Anfang April hat die US-Regierung auch andere Waren mit Importzöllen in Höhe von 10 % belegt. Darüber hinaus hat der US-Präsident teils drastische länderspezifische Zusatzzölle verkündet. Nach heftigen Kursverlusten an den Aktien- und Anleihemärkten wurden diese kurz nach ihrem Inkrafttreten für viele Handelspartner für einen Verhandlungszeitraum von 90 Tagen ausgesetzt, so auch für die EU. Doch nicht nur die Handelspolitik, auch die Wirtschafts-, Klima- und Sicherheitspolitik der neuen US-

Regierung hat einen Einfluss auf Deutschland und Europa.

Befürchtungen bestehen auch im Mittelstand

Die Folgen der neuen US-Politik dürften bis weit in den deutschen Mittelstand hinein spürbar sein. Schon Ende Januar 2025, noch vor dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten, erwartete mehr als ein Viertel aller kleinen und mittleren Unternehmen negative Auswirkungen der Trump-Regierung auf das eigene Unternehmen, wie eine Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel zeigt (Grafik 1). Weitere 23 % trauten sich keine Einschätzung zu und stehen damit für die hohe Unsicherheit, die hinsichtlich der künftigen US-Politik besteht.

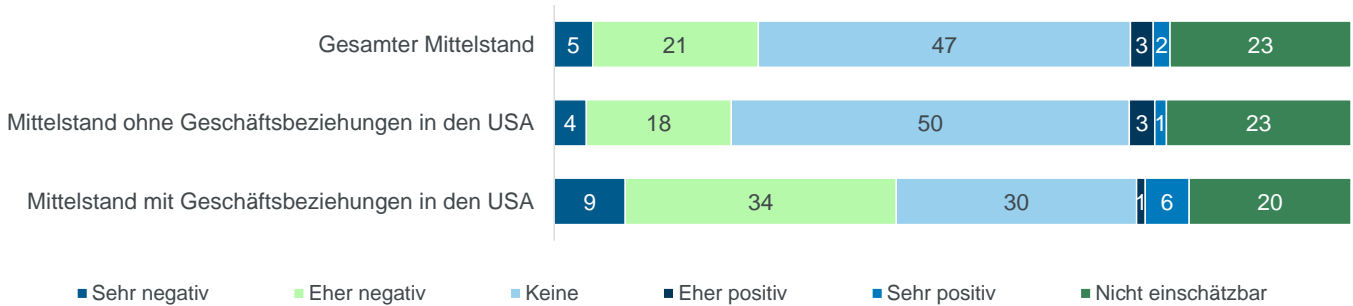
Vergleichsweise groß ist die Besorgnis unter Mittelständlern mit Geschäftsbeziehungen in den USA. Von ihnen erwarteten rund 43 % negative Auswirkungen auf das eigene Geschäft durch die neue US-Politik unter Donald Trump (Grafik 1). Allerdings hielt auch ein kleiner Teil von 7 % positive Effekte auf das eigene Unternehmen für wahrscheinlich. So könnten beispielsweise Mittelständler mit einem Produktionsstandort in den USA von einer Senkung der US-Unternehmenssteuern profitieren, wie sie Trump im Wahlkampf angekündigt hatte.

Jedes sechste kleine und mittlere Unternehmen hat Geschäftsbeziehungen in den USA

Kunden, Lieferanten, Wettbewerber oder eigene Standorte in den USA haben gegenwärtig gut 16 % der 3,8 Millionen Mittelständler in Deutschland – ein etwas geringerer Anteil als noch vor sechs Jahren (Grafik 2). Am häufigsten bestehen Kundenbeziehungen. Knapp 9 % der kleinen und mittleren Unternehmen setzen ihre Produkte oder Dienstleistungen direkt in den USA ab, weitere 5 % liefern diese an Kunden in Deutschland oder anderen EU-Ländern, die wiederum in die USA exportieren. Nur etwa 4 % der Unternehmen haben Zulieferer in den USA, knapp 2 % Wettbewerber.

Grafik 1: Erwartete Auswirkung der neuen US-Politik auf das eigene Unternehmen

Anteil an allen Unternehmen in Prozent

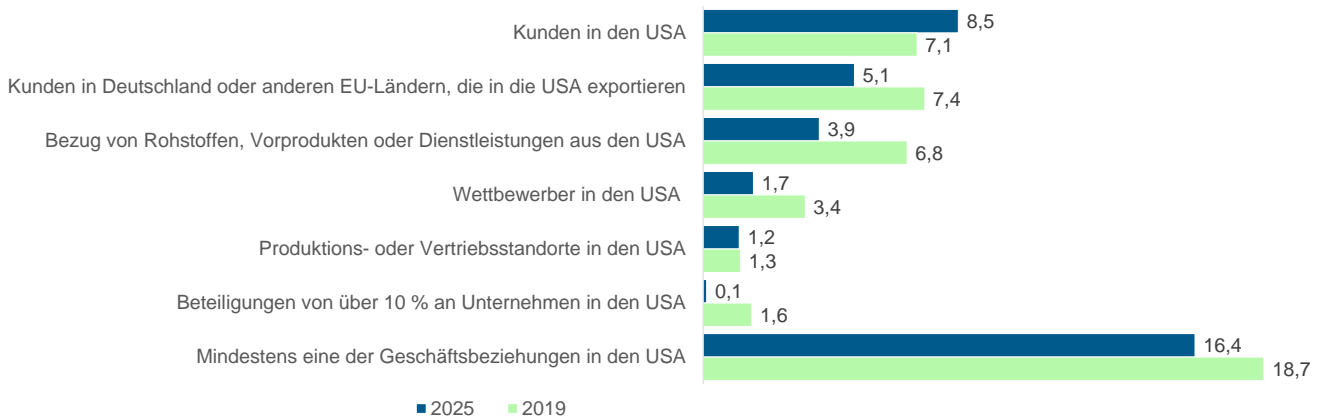


Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im Januar 2025.

Grafik 2: Geschäftsbeziehungen des deutschen Mittelstands in den USA

Anteil der Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen in den USA unterhalten, an allen Unternehmen in Prozent



Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im Januar 2025 und September 2019.

Eigene Produktions- oder Vertriebsstandorte in den USA unterhalten nur sehr wenige kleine und mittlere Unternehmen. Noch seltener sind Beteiligungen von über 10 % an US-amerikanischen Unternehmen. Dabei gibt es ein deutliches Größengefälle: Unter Mittelständlern mit 50 und mehr Beschäftigten haben fast 32 % Geschäftsbeziehungen in den USA – im Vergleich zu weniger als 16 % der Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Unterschiede gibt es auch zwischen den einzelnen Branchen. Besonders stark sind die Verflechtungen des Verarbeitenden Gewerbes. Hier haben rund 28 % der Unternehmen direkte Verbindungen in die USA – im Dienstleistungssektor dagegen nur 18 %, im Groß- und Einzelhandel sogar nur 12 %.

Deutliche Befürchtungen hegen aber auch kleine und mittlere Unternehmen ohne Geschäftsbeziehungen in den USA. Von ihnen erwarteten im Januar 2025 rund 22 % negative Auswirkungen auf das eigene Unternehmen durch die neue US-Regierung (Grafik 1). Für sie dürften die von der neuen US-Politik ausgehenden konjunkturellen Risiken für Deutschland und Europa im Vordergrund stehen.

Diese haben sich mit der US-Handelspolitik in den vergangenen Wochen deutlich verschärft und zu einer Korrektur der Wachstumsprognosen nach unten geführt. So haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognose um 0,7 Prozentpunkte nach unten revidiert und rechnen aktuell nur noch mit einem BIP-Wachstum von +0,1 % in Deutschland im laufenden Jahr, wobei hier die Zölle in Höhe von 10 % auf andere Waren als Aluminium, Stahl und Autos noch nicht berücksichtigt sind. Die Bundesregierung erwartet aktuell ein Nullwachstum im laufenden Jahr, nachdem sie im Januar 2025 noch von +0,3 % ausgegangen war.³

Auch im Mittelstand dürfte die Besorgnis mit Blick auf die US-Politik seit Januar 2025 weiter zugenommen haben – nicht nur unter den unmittelbar von den US-Importzöllen betroffenen Unternehmen. Die indirekten Effekte der aktuellen US-Handelspolitik – wie die mit der wachsenden Unsicherheit einhergehende Investitions- und Konsumzurückhaltung – könnten sich auch spürbar auf andere Mittelständler auswirken.

Von höheren Verteidigungsausgaben in Reaktion auf die US-Sicherheitspolitik dürften nur wenige Mittelständler profitieren

Neue Geschäftschancen könnte das Infragestellen von Sicherheitsgarantien für Europa durch die USA und die dadurch notwendige Erhöhung deutscher und europäischer Verteidigungsausgaben für mittelständische Zulieferer in der Rüstungsindustrie eröffnen. In den Ergebnissen der Ende Januar 2025 durchgeführten Sonderbefragung dürfte sich dies noch nicht in vollem Umfang widerspiegeln, zumal das erforderliche Finanzierungspaket erst Ende März 2025 geschnürt wurde.

Allerdings würden verstärkte Rüstungsinvestitionen auch nur einem sehr kleinen Teil der insgesamt 3,8 Mio. mittelständischen Unternehmen in Deutschland zugutekommen. In der gesamten EU sind kaum mehr als 2.500 kleine und mittlere Unternehmen in der Verteidigungsindustrie tätig, in Deutschland dürften es nur wenige Hundert sein.⁴ Als Querschnittsbranche trägt die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland aktuell nicht mehr als 1,3 % zum gesamten Produktionswert bei und beschäftigt insgesamt nicht mehr als 387.000 Personen, wovon 49 % oder knapp 189.000 in kleinen und mittleren Unternehmen tätig sind. Damit entfallen weit unter 1 % aller rund 32,8 Mio.

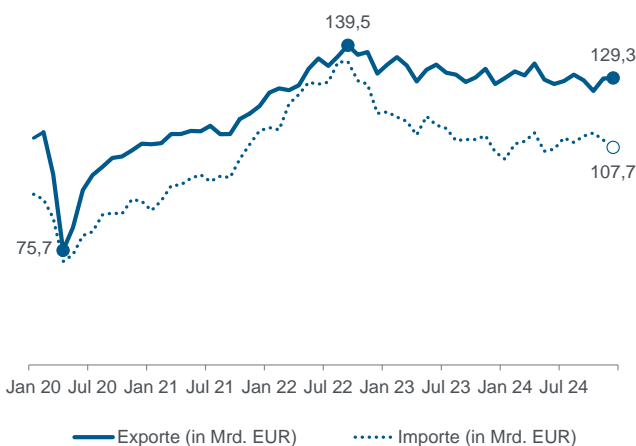
Erwerbstätigen im deutschen Mittelstand auf diesen Industriezweig, der neben der militärischen Verteidigung auch die zivile Sicherheit umfasst.⁵

US-Zölle treffen deutsche Exporte in einer Phase schwachen Wachstums

Die protektionistische US-Handelspolitik trifft den deutschen Export in einer ohnehin schwachen Verfassung. Wenngleich die Wareneinfuhren im November und Dezember noch einmal zulegen konnten, lagen sie im Gesamtjahr 2024 mit einem Wert von nominal 1.552 Mrd. EUR um rund 1,4 % unter dem Vorjahreswert (Grafik 3). Schon im Jahr 2023 waren die deutschen Warenexporte nominal um 0,6 % gesunken.⁶ Angesichts hoher Inflationsraten sind die Warenexporte in den vergangenen zwei Jahren auch real zurückgegangen.⁷

Grafik 3: Außenhandel Deutschlands

Kalender- und saisonbereinigte Exporte und Importe von Waren



Quelle: Destatis.

In der schwachen Exportentwicklung kommen zunehmend auch strukturelle Herausforderungen zum Ausdruck. Der Anstieg der Energiepreise infolge des Ukraine-Kriegs hat vor allem energieintensive Unternehmen in der Chemie- und Metallindustrie getroffen. Auch wenn die Gas- und Strompreise seither wieder gesunken sind, dürften die Energiekosten in Deutschland absehbar höher bleiben als an anderen Standorten. Von Bedeutung ist auch die sich wandelnde Rolle Chinas im globalen Handel. Infolge von Überkapazitäten im eigenen Land und gestützt von einer aktiven Industrie-

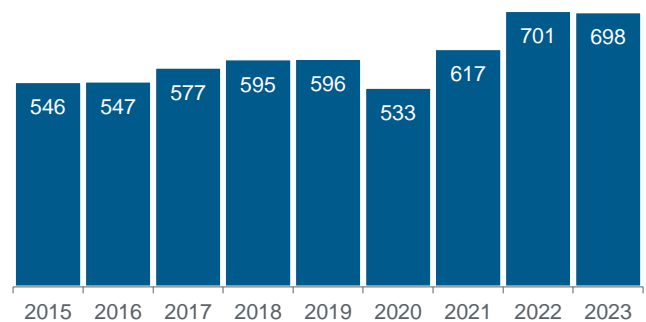
und Handelspolitik entwickeln sich chinesische Unternehmen zunehmend zu Wettbewerbern für deutsche Hersteller von höherwertigen Industriegütern. Betroffen sind hiervon insbesondere die Automobilindustrie und der Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland.⁸ Aber auch von anderen wichtigen Exportmärkten gingen kaum positive Impulse aus.

Auch im Mittelstand ist das Exportwachstum 2023 zum Halten gekommen

Die schwache Entwicklung der deutschen Exporte spiegelt sich auch im mittelständischen Auslandsgeschäft wider. So beliefen sich die Auslandsumsätze des deutschen Mittelstands im Jahr 2023 auf insgesamt 698 Mrd. EUR und lagen damit nominal um 0,4 % unter dem Vorjahreswert (Grafik 4).⁹ Real fallen die Verluste angesichts hoher Inflationsraten mit -6,5 % noch deutlicher aus.¹⁰

Grafik 4: Mittelständische Auslandsumsätze

Gesamte Auslandsumsätze des Mittelstands in Mrd.



Quelle: KfW Mittelstandspanel 2016–2024.

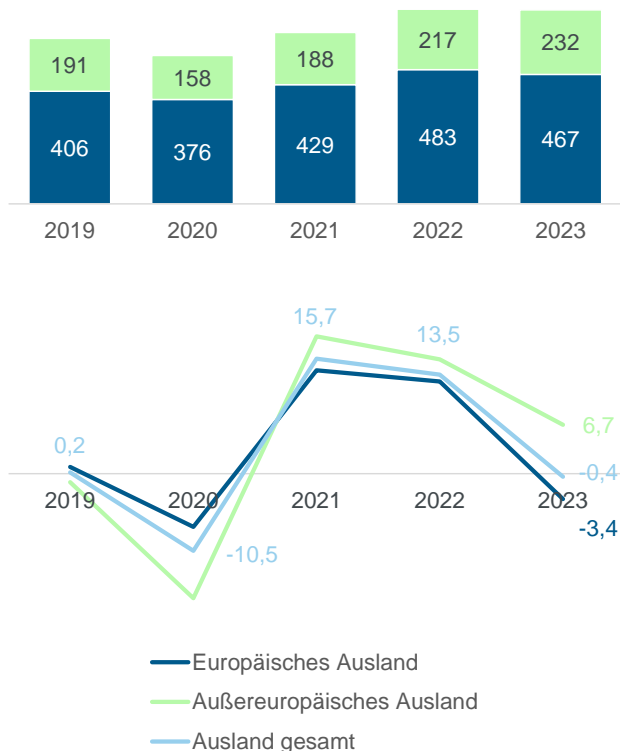
Das starke Wachstum der mittelständischen Auslandsumsätze, das in den Jahren 2021 und 2022 im Zuge der globalen wirtschaftlichen Erholung von der Corona-Krise zu beobachten war und sich in Wachstumsraten von weit über 10 % ausdrückte, scheint damit der Vergangenheit anzugehören (Grafik 5).

Dabei erwiesen sich die außereuropäischen Zielregionen im Jahr 2023 als ein Treiber der mittelständischen Auslandsumsätze – sie trugen rund 232 Mrd. EUR bei, nominal rund 6,7 % mehr als im Vorjahr (Grafik 5). Die europäischen Auslandsumsätze gingen dagegen um rund 3,4 % zurück. Mit 467 Mrd. EUR machten sie dennoch fast 67 % der gesamten mittelständischen Auslandsumsätze aus.

Grafik 5: Auslandsumsatz im Mittelstand nach Regionen – Volumen und Wachstumsraten

Oben: Auslandsumsätze des Mittelstands im europäischen und außereuropäischen Ausland in Mrd. EUR

Unten: Wachstumsraten nach Regionen in Prozent



Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2019–2024.

Im Durchschnitt höhere Auslandsumsätze, aber insgesamt weniger Auslandsaktive

Der Anteil der Auslands- an den Gesamtumsätzen der Auslandsaktiven ist im Jahr 2023 über nahezu alle Branchen und Größenklassen gestiegen (Grafik 6). Im

Durchschnitt wurden rund 29 % der Gesamtumsätze Auslandsaktiver jenseits der deutschen Grenzen erwirtschaftet, 2 Prozentpunkte mehr als noch 2022. Auch absolut sind die Auslandsumsätze je Auslandsaktivem gestiegen, um rund 12 % auf über 1 Mio. EUR im Mittel aller Branchen und Größenklassen.

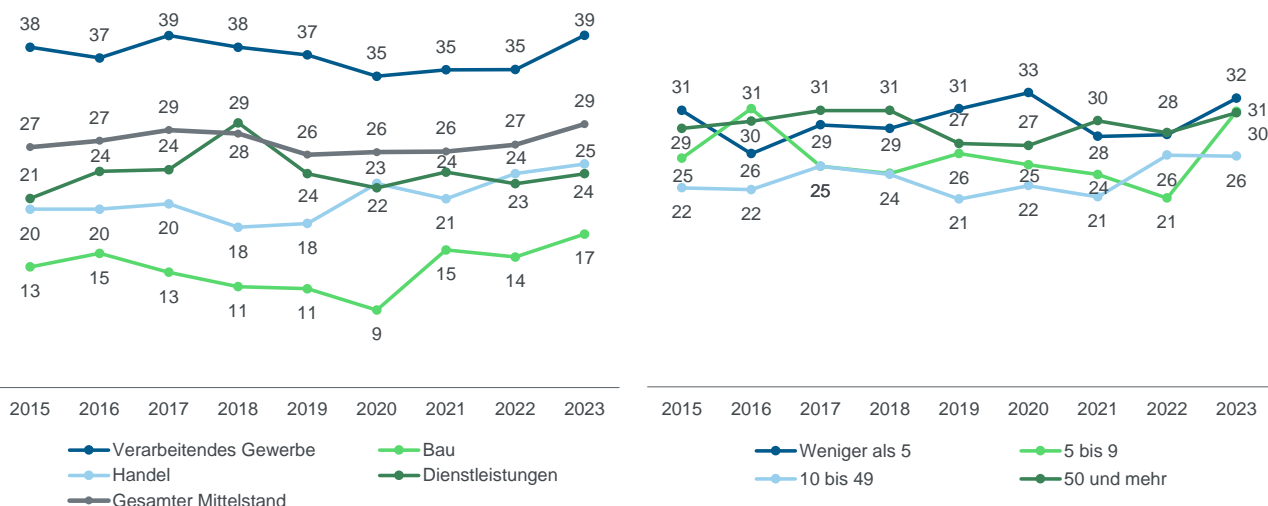
Allerdings ist die Zahl der Auslandsaktiven zur gleichen Zeit deutlich zurückgegangen. Waren im Jahr 2022 noch rund 880.000 der rund 3,8 Mio. Mittelständler im Ausland aktiv, waren es im Jahr 2023 nur noch etwa 763.000. Der Anteil grenzüberschreitend tätiger Unternehmen ist von rund 23 % auf 20 % gesunken und liegt damit unter dem langjährigen Durchschnitt vor der Corona-Krise (Grafik 7). Diesen Rückgang in der Zahl der Auslandsaktiven konnte das Wachstum der Auslandsumsätze der verbliebenen Exporteure nicht kompensieren, so dass die Auslandsumsätze des Mittelstands im Jahr 2023 in Summe etwa 3 Milliarden unter dem Vorjahreswert lagen.

Auslandsaktivitäten des Verarbeitenden Gewerbe 2023 noch mit Schwung ...

Abweichend von der eher schwachen Gesamtentwicklung mittelständischer Auslandsumsätze konnte das Verarbeitende Gewerbe seinen Wachstumskurs im Jahr 2023 fortsetzen. Wie in allen anderen Branchen stieg der Anteil der Auslands- an den Gesamtumsätzen Auslandsaktiver an, sogar deutlich von 35 % auf 39 % (Grafik 6). Anders als im Dienstleistungssektor oder im Handel nahm jedoch auch der Anteil Auslandsaktiver deutlich zu, von 43 % auf 46 % (Grafik 7). Im Verarbeitenden Gewerbe haben also im Jahr 2023 mehr Unternehmen im Durchschnitt mehr exportiert als im Vorjahr.

Grafik 6: Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz Auslandsaktiver nach Größenklassen und Branchen

Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz auslandsaktiver Unternehmen in Prozent

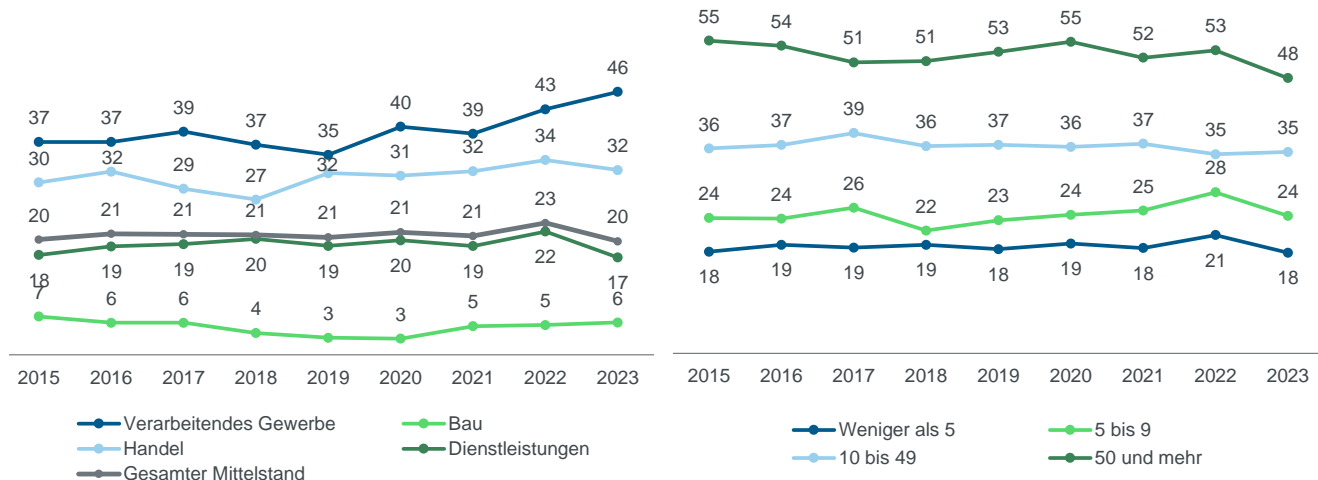


Anmerkung: Mit der Anzahl der Beschäftigten hochgerechnete Werte. Größenklassen nach Vollzeitäquivalent-Beschäftigten.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2016–2024.

Grafik 7: Anteil Auslandsaktiver nach Größenklassen und Branchen

Anteile der Auslandsaktiven in Prozent



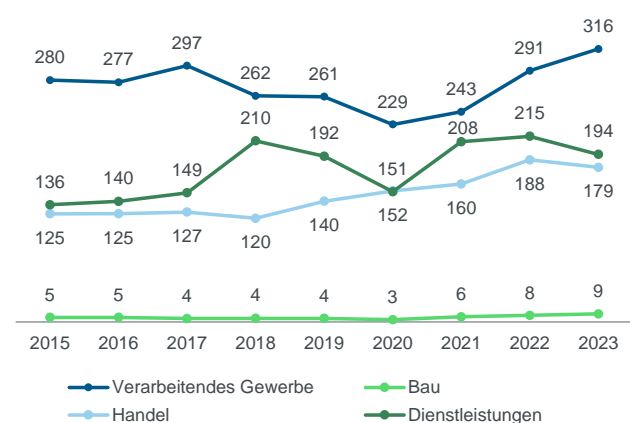
Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte. Größenklassen nach Vollzeitäquivalent-Beschäftigten.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2016–2024.

Im Ergebnis konnte das mittelständische Verarbeitende Gewerbe seine Auslandsumsätze von 291 auf 316 Mrd. EUR steigern, während sowohl der Dienstleistungssektor als auch der Handel Rückgänge hinnehmen mussten, die in Summe zu dem schwachen Gesamtergebnis geführt haben (Grafik 8). Damit gingen rund 45 % der grenzüberschreitenden Umsätze auf das Verarbeitende Gewerbe zurück, das eine tragende Säule des mittelständischen Internationalisierungsgeschehens bleibt.

Grafik 8: Auslandsumsatz im Mittelstand nach Branchen

Auslandsumsätze des Mittelstands nach Branchen in Mrd. EUR



Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2019–2024.

... bei steigendem Druck auf die internationale Wettbewerbsposition

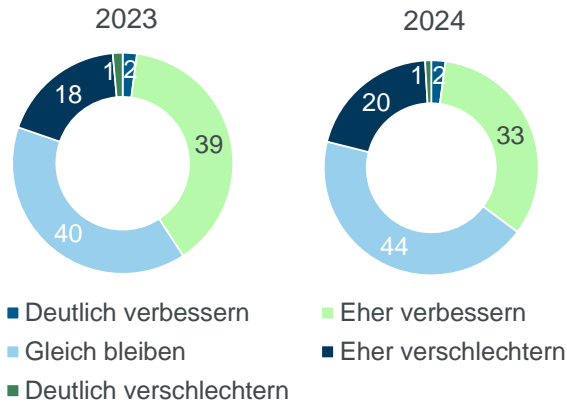
Passend zur positiven Entwicklung der Auslandsumsätze bewerteten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2023 in vielerlei Hinsicht (noch) positiv. Einen Wettbewerbsvorteil sahen sie vor allem in den qualifizierten Mitarbeitern ihres Unternehmens, in innovativen Produkten und der hohen Qualität ihrer Leistungen. Auch die Personal-, Energie- und Materialkosten stellten sich im Vergleich zu wichtigen ausländischen Konkurrenten vielfach besser dar als erwartet.¹¹

Die immer noch starke Position des mittelständischen Verarbeitenden Gewerbes im globalen Wettbewerb gerät jedoch zusehends unter Druck.¹² So ist der Anteil der Unternehmen, die eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition in den kommenden Jahren für wahrscheinlich halten, zwischen März 2023 und April 2024 von 41 % auf 35 % deutlich gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, die eine Verschlechterung erwarten, etwas gestiegen. Das Verarbeitende Gewerbe hat somit in Teilen an Optimismus und Zuversicht verloren (Grafik 9).

Im gesamten Mittelstand ist der Anteil der im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen, die eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition erwarten, im gleichen Zeitraum nur leicht von 35 % auf 34 % zurückgegangen. Allerdings ist hier der Anteil der Unternehmen, die mit einer Verschlechterung rechnen deutlich von 19 % auf 29 % gestiegen.¹³

Grafik 9: Im Verarbeitenden Gewerbe erwartete Entwicklung der internationalen Wettbewerbsposition

Anteil der Unternehmen in Prozent, die erwarten, dass sich ihre Wettbewerbsposition in den kommenden drei Jahren im Vergleich zu ihren wichtigsten Wettbewerbern deutlich verbessert / eher verbessert / gleich bleibt / eher verschlechtert / deutlich verschlechtert.



Anmerkung: Nur Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, für die Wettbewerber im Ausland eine wichtige Rolle spielen. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im März 2023 und April 2024.

Im Verarbeitenden Gewerbe – wie im Mittelstand insgesamt – sehen die Unternehmen wachsende Risiken für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit am Stand-

ort Deutschland (Grafik 10). An erster Stelle steht Bürokratie, mit deutlichem Abstand vor Steuern und Abgaben, Energiekosten sowie Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen.¹⁴

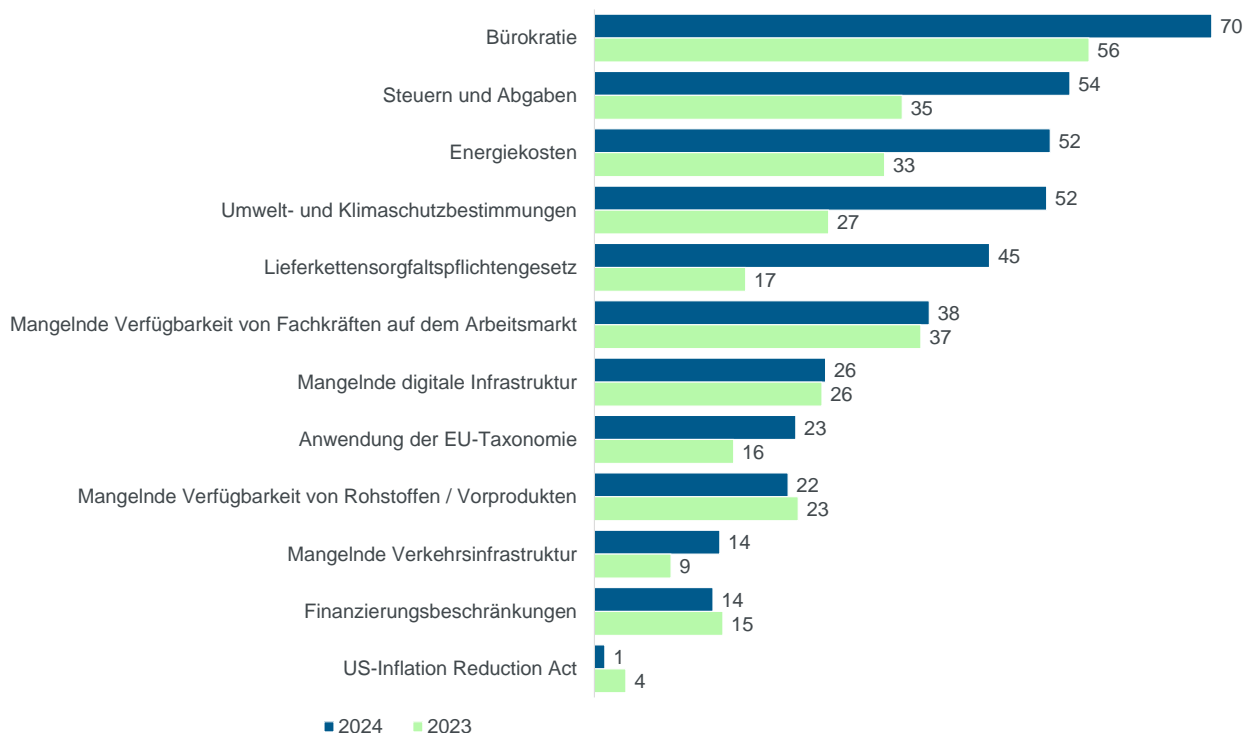
Vielfältige Belastungen durch Bürokratie

Bürokratie schafft Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen, wirkt Korruption und Willkür entgegen und ist ein wichtiges konstituierendes Element einer funktionierenden Demokratie.¹⁵ Ein Übermaß an Regulierung bindet jedoch Ressourcen, hemmt Innovationen und Investitionen und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.¹⁶

Eine aktuelle Studie von KfW Research beziffert allein den zeitlichen Aufwand für bürokratische Prozesse auf durchschnittlich sieben Prozent der Arbeitszeit aller Beschäftigten. Dies entspricht Arbeitskosten von etwa 61 Mrd. EUR jährlich. Über den zeitlichen Aufwand hinaus geht Bürokratie mit weiteren Kosten und Belastungen einher, wie beispielsweise Kosten für Genehmigungen oder Lizenzen, Anwalts- oder Beratungsgebühren oder auch entgangene Gewinne durch langwierige Antrags-, Planungs- und Genehmigungsverfahren.¹⁷

Grafik 10: Wachsende Risiken für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes

Anteil der Unternehmen in Prozent, die die jeweiligen Faktoren am Standort Deutschland als ein hohes Risiko für ihre Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahren betrachten.



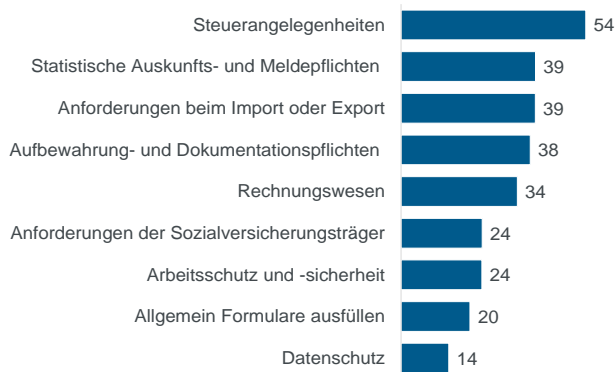
Anmerkung: Jeweils nur Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, für die Wettbewerber im Ausland eine wichtige Rolle spielen. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im März 2023 und April 2024.

Den größten zeitlichen Aufwand verursachen dabei die Erfüllung steuerlicher Vorgaben, Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, Anforderungen im Bereich des Rechnungswesens sowie statistische Auskunfts- und Meldepflichten.¹⁸ Bei auslandsaktiven Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe stehen auch die Bürokratiebelastungen im Zusammenhang mit Importen und Exporten ganz weit oben – zum Beispiel durch komplexe Zollverfahren oder langwierige Ausfuhrgenehmigungen. Für 39 % aller exportierenden Industrieunternehmen zählen sie zu den wichtigsten Ursachen für bürokratischen Aufwand (Grafik 11).

Grafik 11: Bürokratiebelastung bei Auslandsaktiven im Verarbeitenden Gewerbe auch durch Anforderungen beim Import und Export

Anteil der Unternehmen in Prozent, für die der jeweilige Bereich zu den drei Bereichen mit dem höchsten bürokratischen Erfüllungsaufwand gehört.



Anmerkung: Nur auslandsaktive Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2024.

Am stärksten gewachsen sind die Sorgen im Hinblick auf das Lieferkettengesetz

Am deutlichsten zugenommen haben aus Perspektive der mittelständischen Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe die Risiken, die vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland ausgehen (Grafik 10). Dieses ist im Januar 2023 in Kraft getreten und galt zunächst nur für Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten. Seit Januar 2024 wurde die Berichtspflicht auf Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten erweitert. Indirekt belasten die Vorschriften auch KMU als Zulieferer solcher Unternehmen, da sie Informationen bereitstellen oder sich an Präventions- und Abhilfemaßnahmen beteiligen müssen. Zuletzt hat es auf nationaler Ebene intensive politische Diskussionen darüber gegeben, ob die Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes aufgeschoben oder das Gesetz abgemildert werden sollte. Der Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien sieht nun vor, dass das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abgeschafft

und durch ein Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung ersetzt werden soll, welches die Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) bürokratiearm und vollzugsfreundlich umsetzt. Diese ist im Juli 2024 in Kraft getreten und innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Angesichts anhaltender Kritik aus der Wirtschaft hat die EU-Kommission kürzlich einen Vorstoß für eine Verschiebung und Vereinfachung der Richtlinie gemacht. Das EU-Parlament hat Anfang April zunächst einer Verschiebung zugestimmt. Über inhaltliche Änderungen muss weiter verhandelt werden. Damit bleibt vorerst eine hohe Unsicherheit bei den Unternehmen und ihren Zulieferern bestehen, welche Anforderungen künftig zu erfüllen sein werden.

Schwache Entwicklung der mittelständischen Auslandsumsätze setzt sich im Jahr 2024 fort

Mit Blick auf den gesamten Mittelstand deuten die repräsentativen Ergebnisse der im Januar 2025 durchgeführten Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel darauf hin, dass sich die schwache Entwicklung der Auslandsumsätze im Jahr 2024 fortgesetzt hat: Während etwa ein Fünftel (21 %) aller Auslandsaktiven im Jahr 2024 wachsende Auslandsumsätze im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen konnte, sind die Auslandsumsätze bei einem Viertel (25 %) der Auslandsaktiven zurückgegangen (Grafik 12). Für die Entwicklung des Gesamtvolumens der mittelständischen Auslandsumsätze im Jahr 2024 lassen diese Zahlen eher eine Schrumpfung als einen Wachstumsschub erwarten.

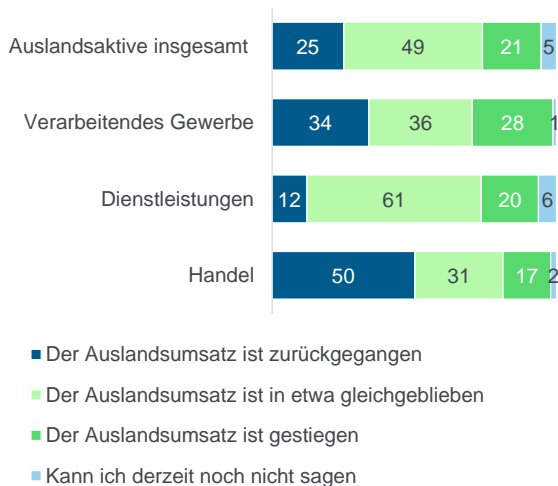
Dabei dürfte auch das Verarbeitende Gewerbe, das im Jahr 2023 noch ein positives Wachstum verzeichnen konnte, seinen Schwung verloren haben. Zwar konnten hier 28 % der Unternehmen im Jahr 2024 steigende Auslandsumsätze verbuchen, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass das Verarbeitende Gewerbe neben dem Kraftfahrzeug- und Maschinenbau unter anderem auch die Pharmazeutische Industrie umfasst, die im vergangenen Jahr auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ein Exportplus verzeichnen konnte. Ein Anteil von 34 % musste allerdings einen Rückgang seiner Auslandsumsätze feststellen. Der wachsende Druck auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit dürfte hier erste Spuren hinterlassen haben.

Noch schwächer stellt sich die Entwicklung der Auslandsumsätze im Einzel-, Groß- und Außenhandel dar. Hier musste jedes zweite Unternehmen im Jahr einen Rückgang der Auslandsumsätze hinnehmen. Nachfragerückgänge im Ausland treffen diese Branche unmittelbar. Positiver hat sich dagegen das Auslandsgeschäft im Dienstleistungssektor entwickelt. Hier mussten nur 12 % aller Unternehmen einen Rückgang ihrer

Auslandsumsätze feststellen, während ein deutlich größerer Anteil von 20 % Zuwächse verzeichnen konnte. Auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene haben sich die Dienstleistungsexporte im Jahr 2024 besser entwickelt als die Warenexporte.¹⁹

Grafik 12: Entwicklung mittelständischer Auslandsumsätze im Jahr 2024

Im Vergleich zum Vorjahr, Anteil der Auslandsaktiven in Prozent



Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte. Bausektor aufgrund der geringen Zahl von Beobachtungen nicht separat ausgewiesen.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW Mittelstandspanel im Januar 2025.

Standortbedingungen in Deutschland als größter Belastungsfaktor

Die Entwicklung der mittelständischen Auslandsumsätze im Jahr 2024 wurde von vielen Faktoren beeinflusst, darunter sowohl konjunkturelle Einflüsse als auch strukturelle Herausforderungen. Eine deutliche Belastung ihres Auslandsgeschäfts geht aus Sicht der Mittelständler insbesondere von den Standortbedingungen in Deutschland aus. Für nahezu vier von zehn Auslandsaktiven (39 %) haben diese im vergangenen Jahr einen negativen Effekt auf die Entwicklung ihrer Auslandsumsätze gehabt (Grafik 13). Im Verarbeitenden Gewerbe berichteten sogar fünf von zehn Unternehmen (48 %), dass sich die Standortbedingungen in Deutschland im Jahr 2024 nachteilig auf ihr Auslandsgeschäft ausgewirkt haben.

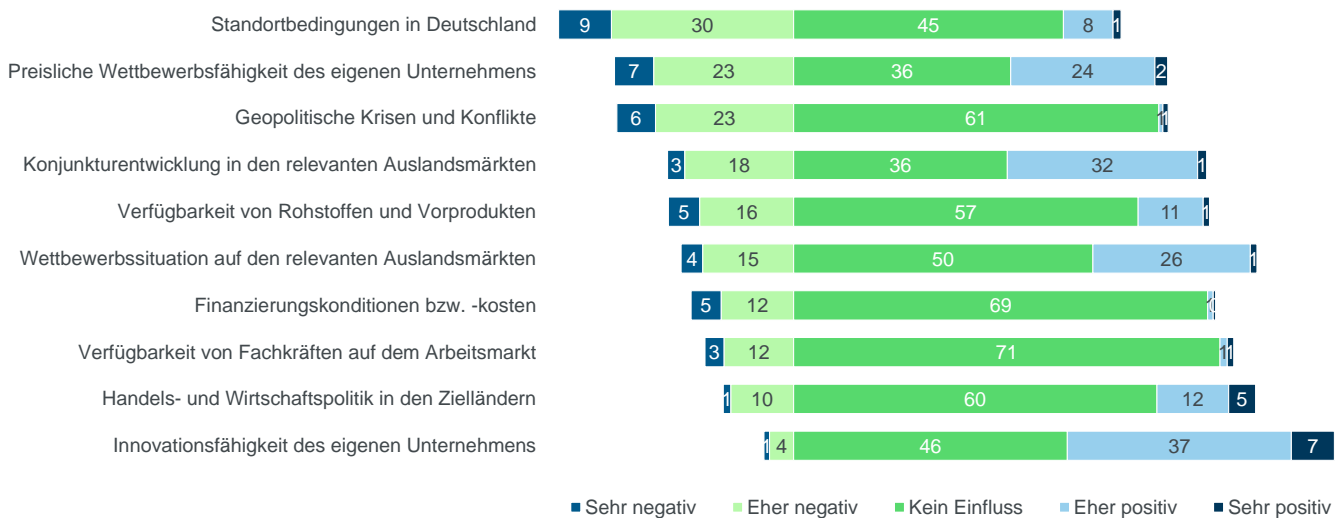
Der Standort Deutschland weist zwar wichtige Stärken auf – wie eine hohe Innovationskraft und einen guten Finanzierungszugang auch für kleine und mittlere Unternehmen. Aber es gibt auch deutliche Schwächen, deren negative Auswirkungen immer sichtbarer werden – beispielsweise die niedrigen öffentlichen Investitionen, die hohe Unternehmensbesteuerung oder die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten.²⁰

Auch unter mittelständischen Unternehmen wächst die Sorge um die internationale Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland – nicht nur im Verarbeitenden Gewerbe. Zwar sehen sich kleine und mittlere Unternehmen in vielen Aspekten noch gut aufgestellt. Der Ausblick auf die zukünftige Wettbewerbsposition hat sich zuletzt jedoch merklich eingetrübt. Größte Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland bleibt aus Sicht des Mittelstands – über alle Branchen hinweg – die Bürokratie, die noch vor den Energiekosten rangiert. Verstärkte Risiken nehmen die Unternehmen auch mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen und andere Regulierungen wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder die Anwendung der EU-Taxonomie wahr. Auch Steuern und Abgaben sowie der Fachkräftemangel könnten sich aus Sicht der Unternehmen zu einem Wettbewerbsnachteil auswachsen.²¹

Es besteht somit ein hoher Handlungsdruck, die Stärken des Standorts auszubauen und die Schwächen anzugehen, um einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen entgegenzuwirken. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, damit die gegenwärtige Exportschwäche überwunden und der Außenhandel wieder ein Wachstumstreiber in Deutschland werden kann. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die kommende Legislaturperiode setzt einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland. In Kombination mit dem kürzlich beschlossenen Finanzpaket für höhere öffentliche Investitionen in Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz könnten die angekündigten Maßnahmen sicherlich einen positiven Impuls setzen.²²

Grafik 13: Faktoren, die die Entwicklung der Auslandsumsätze im Jahr 2024 beeinflusst haben

Anteil der Auslandsaktiven in Prozent



Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

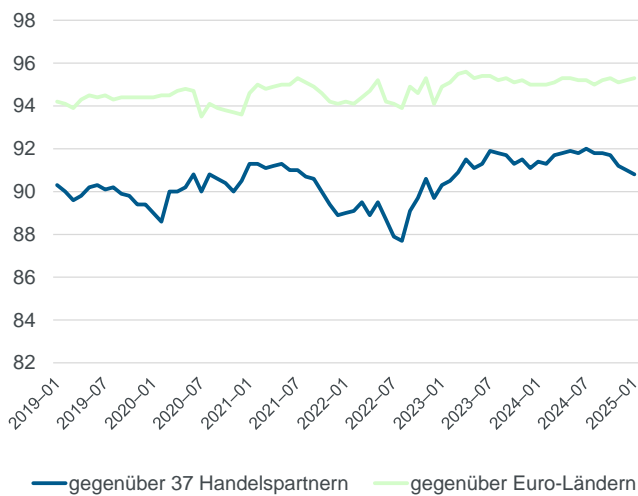
Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im Januar 2025.

Abnehmende Preiswettbewerbsfähigkeit schwächt Auslandsumsätze im Verarbeitenden Gewerbe

Ein wichtiger Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit sind die Preise der Produkte oder Dienstleistungen. Zwar verfolgen nur rund 7 % aller deutschen Mittelständler eine Wettbewerbsstrategie, die explizit auf Preisführerschaft setzt. Weitaus häufiger ist eine Strategie der Produktdifferenzierung, die hohe Qualität und kundenspezifische Lösungen in den Mittelpunkt stellt. Sie wird von rund 45 % aller kleinen und mittleren Unternehmen verfolgt. Insbesondere auslandsaktive Unternehmen setzen häufig auch auf eine Strategie der Expansion durch Innovation.²³ Doch auch bei einer auf Qualität und Innovation ausgerichteten Wettbewerbsstrategie sind die Preisspielräume begrenzt. Dies gilt umso mehr, je stärker insbesondere chinesische Anbieter in den Qualitätswettbewerb einsteigen. Denn die chinesischen Konkurrenten unterbieten die Preise der deutschen Unternehmen bei vergleichbaren Produkten in vielen Fällen deutlich, wie repräsentative Befragungsergebnisse aus dem Jahr 2024 zeigen. Als mögliche Folgen sehen die deutschen Unternehmen Marktanteilsverluste, Gewinneinbußen, Verlagerungen von Produktionsstätten und Beschäftigungsabbau.²⁴

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hängt von der relativen Preisentwicklung im In- und Ausland und den nominalen Wechselkursen ab. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im zurückliegenden Jahr gegenüber anderen Ländern der Eurozone weitestgehend stabil geblieben. Gegenüber einer breiter definierten Vergleichsgruppe von 37 Handelspartnern hat sie sich am aktuellen Rand sogar leicht verbessert (Grafik 14).

Auf Unternehmensebene wird die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutlich heterogener eingeschätzt. Bei rund 30 % aller Auslandsaktiven hat sie sich im Jahr 2024 negativ auf das Auslandsgeschäft ausgewirkt (Grafik 13). Besonders häufig trifft dies auf Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe zu – dort hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im vergangenen Jahr bei mehr als 40 % aller Unternehmen nachteilig entwickelt. Hier dürften höhere Energiekosten, aber auch höhere Kosten für Rohstoffe und Vorprodukte besonders ins Gewicht fallen. Bei insgesamt etwa 26 % aller Auslandsaktiven hat sich die eigene preisliche Wettbewerbsfähigkeit dagegen positiv entwickelt und ihr Auslandsgeschäft sogar gestärkt. Vor allem im Dienstleistungssektor haben viele Auslandsaktive – rund 32 % – von einer Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit profitiert.

Grafik 14: Gesamtwirtschaftlicher Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Anmerkung: Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf Basis der Verbraucherpreisindizes, Indexwert 1999=100. Fallende Indexwerte bedeuten eine höhere preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Geopolitische Krisen und Konflikte mit deutlich negativem Effekt auf die Exporte

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und der Eskalation des Konflikts im Nahen Osten im Oktober 2023 sind geopolitische Krisen und Konflikte in Europa stärker in den Vordergrund getreten. Zwar haben auch in der Vergangenheit nur wenige Mittelständler in das nun von Sanktionen belegte Russland oder in den Nahen Osten exportiert. Doch die mit den geopolitischen Spannungen einhergehende Unsicherheit und Instabilität dämpft die Nachfrage auch in anderen Auslandsmärkten, erschwert die Energie- und Rohstoffbeschaffung und setzt komplexe Lieferketten, in die eine Vielzahl von Unternehmen aus unterschiedlichen Regionen eingebunden sind, unter Druck. Zugleich sind wichtige Handelswege durch geopolitische Krisen und Konflikte bedroht, beispielsweise im Roten Meer, wo Huthi-Rebellen seit November 2023 mehr als 100 Angriffe auf Handelsschiffe verübt haben.²⁵

Die Folgen sind auch in Teilen des Mittelstands spürbar. Bei rund 23 % aller Auslandsaktiven hatten die geopolitischen Krisen und Konflikte einen eher negativen, bei weiteren 6 % sogar einen sehr negativen Einfluss auf die Auslandsumsätze im Jahr 2024 (Grafik 13). Bei etwa 61 % aller Auslandsaktiven haben sie keine Rolle gespielt. Profitiert hat kaum ein Unternehmen davon.

Konjunktur im Ausland konnte 2024 nicht für alle Unternehmen positive Impulse setzen

Die meisten kleinen und mittleren Unternehmen sind nur in wenigen Zielländern aktiv – 76 % aller auslandsaktiven Mittelständler exportieren in nicht mehr als drei,

40 % sogar nur in eine einzige Zielregion. Wie sich die Auslandsnachfrage nach den Produkten oder Dienstleistungen eines mittelständischen Unternehmens verändert, hängt somit oft am Wirtschaftswachstum in einer einzelnen Zielregion.

Dieses fiel im Jahr 2024 selbst innerhalb Europas – das für mehr als zwei Drittel der gesamten mittelständischen Auslandsumsätze verantwortlich ist – sehr unterschiedlich aus. Während Deutschland im Jahr 2024 mit einem negativen Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von -0,2 % zu den Schlusslichtern zählte, schnitten Italien mit 0,7 %, Frankreich mit 1,2 % und Spanien mit 3,2 % deutlich besser ab.²⁶ Außerhalb Europas sind die USA wichtigstes Zielland für den Mittelstand. Hier wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 2,8 %. In China, das insbesondere für größere Mittelständler ein relevantes Exportziel ist, wuchs die Wirtschaft im gleichen Zeitraum sogar um 5%.²⁷ Somit konnten einige Unternehmen deutlich stärker von einer wachsenden Auslandsnachfrage profitieren als andere. Insgesamt hatte bei 21 % der auslandsaktiven Mittelständler die Konjunkturentwicklung in ihren relevanten Auslandsmärkten eine (eher) negative, bei immerhin 33 % eine (eher) positive Auswirkung auf ihre Auslandsumsätze (Grafik 13). Die Konjunkturentwicklung in den jeweiligen Auslandsmärkten war damit im Jahr 2024 der zweitstärkste Faktor für positive Entwicklungen der Auslandsgeschäfte im Mittelstand.

Wettbewerbssituation hat das Auslandsgeschäft vor allem für Dienstleister erleichtert

Die Wettbewerbssituation auf relevanten Auslandsmärkten hat sich für viele Mittelständler vorteilhaft entwickelt und ihr Auslandsgeschäft gestärkt. Dies trifft auf 27 % der auslandsaktiven Mittelständler zu (Grafik 13), darunter insbesondere kleinere Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor.

Allerdings gibt es auch einen Teil von Exporteuren, deren Wettbewerbssituation sich verschärft hat. Insgesamt berichten 19 % der auslandsaktiven Mittelständler von einer Verschlechterung ihrer Wettbewerbssituation. Besonders auffällig ist dies bei auslandsaktiven Mittelständlern, die einen Teil ihrer Umsätze in China erzielen – dies sind etwa 7 % aller auslandsaktiven Mittelständler. Bei mehr als jedem Vierten (28 %) davon hat der gestiegene Wettbewerbsdruck zu sinkenden Auslandsumsätzen beigetragen.

Doch nicht nur auf dem chinesischen Markt nimmt der Konkurrenzdruck auf deutsche Unternehmen durch chinesische Wettbewerber zu. Auch auf Drittmärkten steigt er immer weiter an. So sind Chinas Anteile an

den EU-Importen seit dem Jahr 2000 durchgängig gewachsen, während die Anteile Deutschlands an den EU-Importen im gleichen Zeitraum insgesamt und speziell bei anspruchsvollen Industriegütern zurückgegangen sind. Die Dynamik dieser Entwicklung hat sich in den letzten Jahren noch beschleunigt.²⁸

Handels- und Wirtschaftspolitik nur für einen Teil der Unternehmen von Bedeutung

Nur bei jedem dritten Mittelständler wurde die Entwicklung der Auslandsumsätze von der Handels- und Wirtschaftspolitik in den Zielländern beeinflusst. Bei etwa 11 % der Auslandsaktiven waren die Auswirkungen negativ (Grafik 13) – insbesondere bei Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe mit einem stärkeren Fokus auf Exportziele außerhalb Europas. Etwa 17 % der Auslandsaktiven konnten dagegen von der Handels- und Wirtschaftspolitik im Ausland profitieren – vor allem Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor.

Angesichts der aktuellen US-Handelspolitik könnte sich dies im laufenden Jahr deutlich ändern, insbesondere dann, wenn die EU im Handelskonflikt mit den USA keine Einigung erzielen und die Erhebung signifikanter Zusatzzölle auf europäische US-Importe abwenden kann. Vor dem Hintergrund einer Rhetorik der US-Regierung, die immer wieder betont, wie wichtig Zölle als Einnahmequelle und als Instrument der Reindustrialisierung sind, ist eine weitere Eskalation der Zollspirale und eine dauerhaft stärkere geoökonomische Fragmentierung ein denkbare Szenario.²⁹

Verfügbarkeit von Fachkräften und Rohstoffen eher ein Hemmnis als ein Treiber

Für einen Teil der auslandsaktiven Mittelständler entfaltete auch der Fachkräftemangel Bremswirkung auf das Auslandsgeschäft, insgesamt waren es rund 15 % (Grafik 13). Trotz der angespannten Wirtschaftslage und dem Stellenabbau in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes war der Fachkräftemangel im vergangenen Jahr weiterhin zu spüren – und dürfte sich bei einem Anspringen der Wirtschaft und mit fortschreitendem demografischem Wandel in den kommenden Jahren wieder verschärfen.³⁰

Insgesamt weniger nachteilig wirkte sich die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten auf das Exportgeschäft aus. Zwar sahen sich rund 21 % aller auslandsaktiven Mittelständler im Jahr 2024 durch mangelnde Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten in ihrer Exportaktivität eingeschränkt. Es konnten aber auch rund 12 % der exportierenden Unternehmen von einer verbesserten Verfügbarkeit von Rohstoffen und

Vorprodukten profitieren. Die Lieferengpässe infolge der Corona-Krise haben sich zwischenzeitlich weitgehend aufgelöst. Allerdings bestehen teilweise starke Importabhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, die mit den geopolitischen Spannungen noch einmal an Aufmerksamkeit gewonnen haben.³¹

Auch die Finanzierungskonditionen haben im letzten Jahr den Export im Mittelstand gebremst

Einen im Saldo negativen Effekt auf die Entwicklung der Auslandsumsätze hatten auch die Finanzierungskosten. Wenngleich die Leitzinsen in der Eurozone mit der zurückgehenden Inflation im Laufe des Jahres 2024 weiter gesenkt wurden, blieben positive Effekte auf das Auslandsgeschäft aus. Dies dürfte auch an der überaus restriktiven Kreditvergabepolitik der Banken liegen. So ist die KfW-Kredithürde von 26,3 Punkten im 1. Quartal 2024 auf 32,0 Punkte im 4. Quartal 2024 geklettert.³² Die zunehmende Zurückhaltung der Banken dürfte auf die schwache Wirtschaftsentwicklung und die steigenden Insolvenzen in Deutschland, im internationalen Geschäft aber auch auf die Unkalkulierbarkeit der US-Administration zurückzuführen sein.

Innovationsfähigkeit mit deutlich positivem Einfluss auf die Exportaktivitäten

Bei rund 44 % aller kleinen und mittleren Unternehmen hat die eigene Innovationsfähigkeit zu einer Stärkung ihres Auslandsgeschäfts beigetragen (Grafik 13). Damit waren Innovationen im vergangenen Jahr 2024 der mit Abstand wichtigste Treiber mittelständischer Exporte. Lediglich 5 % der auslandsaktiven Unternehmen berichten hingegen von einer Einschränkung ihres Auslandsgeschäfts durch ihre (begrenzte) Innovationsfähigkeit.

Der positive Zusammenhang zwischen Innovationen und Exporten in Unternehmen ist in der empirischen Literatur vielfach belegt. Kausale Effekte wirken dabei in beide Richtungen – Innovationen und Exporte verstärken sich gegenseitig. Innovationsaktivitäten – insbesondere Produktinnovationen mit hohem Neuigkeitswert, die vor allem von Unternehmen mit eigener Forschung und Entwicklung hervorgebracht werden – erhöhen die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens und erleichtern den Zugang zu ausländischen Märkten. Umgekehrt hat das Unternehmen durch seine Exportaktivitäten ein höheres Absatzpotenzial, was vor allem Produktinnovationen lohnender macht.³³ Zudem eröffnet ein Engagement im Ausland den Zugang zu neuem Wissen, was gerade für kleine und mittlere Unternehmen mit ihren begrenzten internen Ressourcen von Bedeutung ist.³⁴

Im deutschen Mittelstand haben im Zeitraum 2021–2023 etwa 39 % aller Unternehmen Innovationen hervorgebracht. Der Anteil von Unternehmen, die neue Produkte eingeführt haben, lag bei 28 %. Dies waren überwiegend Produktimitationen – der Anteil von Unternehmen, die Marktneuheiten hervorgebracht haben, lag bei nur 2 %. Um die Entwicklung der Exporte zu stärken, erscheinen gezielte Maßnahmen zur Förderung der Innovationstätigkeit in der Spitze des Mittelstands und damit eine Stärkung der Forschungs- und Entwicklungskompetenzen der Unternehmen am vielversprechendsten.³⁵

Vor dem Hintergrund der protektionistischen US-Handelspolitik und der umgekehrten Kausalität von Exportaktivitäten auf die Innovationstätigkeit erscheint die Stärkung der Innovationstätigkeit umso wichtiger. In dem Maße, wie der Zugang zu wichtigen ausländischen Märkten wie den USA erschwert wird, sinken die Erträge von Produkt- und Prozessinnovationen und damit die Anreize deutscher Unternehmen für Investitionen in Forschung und Entwicklung deutscher Unternehmen. Neben der Erhöhung der Unsicherheit ist dies ein weiterer Kanal, über den sich die US-Politik negativ auf Investitionen auswirkt. Dieser Effekt kann quantitativ bedeutsam sein und ohne ein Gegensteuern langfristige Wohlfahrtsverluste nach sich ziehen.³⁶

Außenwirtschaftliche Herausforderungen spiegeln sich auch in regionaler Struktur

Die Veränderungen im außenwirtschaftlichen Umfeld – die protektionistische Haltung der USA unter Trump, der wachsende Wettbewerb aus China, der Krieg in der Ukraine und nicht zuletzt der Brexit – spiegeln sich auch in der regionalen Struktur der mittelständischen Internationalisierungsaktivitäten wider. Hier hat es in den vergangenen Jahren teils deutliche Verschiebungen gegeben. Dabei bleiben europäische Länder – insbesondere in direkter Nachbarschaft zu Deutschland – die wichtigsten Exportziele. Am häufigsten setzen Mittelständler ihre Produkte oder Dienstleistungen in Österreich und der Schweiz ab, gefolgt von den Beneluxländern und Frankreich. Rund ein Viertel der Auslandsaktiven erzielt Umsätze in Tschechien, der Slowakei oder Polen, ein fast ebenso hoher Anteil in Spanien, Portugal oder Italien (Tabelle 1).

Deutlich an Bedeutung verloren hat das Vereinigte Königreich, das vor dem Brexit-Votum im Jahr 2015 noch Ziel jedes vierten auslandsaktiven Mittelständlers in Deutschland war. Im Jahr 2023 – nach dem zum 1. Januar 2021 vollzogenem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU – erzielten dort nur noch 16 % aller auslandaktiven Mittelständler Umsätze.

Überraschender ist der im Vergleich zur Vorerhebung stark gesunkene Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen mit Auslandsumsätzen in Skandinavien. Diese Entwicklung zeigt sich in allen Größenklassen und Branchen. Eine wichtige Ursache hierfür dürfte die Wechselkursentwicklung sein. Sowohl die schwedische als auch die norwegische Krone haben in den vergangenen Jahren relativ zum Euro deutlich an Wert verloren. Anders als die dänische Krone sind sie nicht an den Euro gekoppelt. Mit einer Abwertung der schwedischen und norwegischen Krone werden Importe dieser Länder aus der Eurozone teurer und die Nachfrage nach deutschen Exporten geht zurück.

Tabelle 1: Zielregionen Auslandsaktiver

Anteil Auslandsaktiver mit Auslandsumsatz in ...		
	2015	2023
Österreich/Schweiz	63 %	63 %
Benelux	39 %	39 %
Frankreich	30 %	28 %
Tschechien/Slowakei/Polen	26 %	26 %
Spanien/Portugal/Italien	26 %	25 %
Vereinigtes Königreich/Irland	25 %	16 %
Skandinavien	22 %	13 %
USA	15 %	12 %
Balkanstaaten/Griechenland	14 %	11 %
Asien (ohne China)	12 %	9 %
China	11 %	7 %
Türkei	10 %	6 %
Baltikum	7 %	5 %
Afrika/Naher Osten	8 %	5 %
Lateinamerika	6 %	4 %
Russland	11 %	1 %
Europa	95 %	92 %
Schwellen- und Entwicklungsländer	27 %	19 %

Anmerkung: Anteil der mittelständischen Unternehmen, die im jeweiligen Jahr Auslandsumsätze in der jeweiligen Zielregion erzielt haben, an allen mittelständischen Unternehmen mit Auslandsumsätzen in diesem Jahr. Mehrfachnennungen möglich. Europa umfasst die Zielregionen Österreich/Schweiz, Benelux, Frankreich, Spanien/Portugal/Italien, Tschechien/Slowakei/Polen, Vereinigtes Königreich/Irland, Skandinavien, Balkanstaaten/Griechenland sowie das Baltikum. Schwellen- und Entwicklungsländer umfassen die Zielregionen Asien (ohne China), China, Türkei, Russland, Afrika/Naher Osten und Lateinamerika.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2016 und 2024.

Auch der Anteil Auslandsaktiver mit Umsätzen in den USA lag mit 12 % im Jahr 2023 leicht unter dem Wert von 15 % im Jahr 2015. Bezogen auf den gesamten

Mittelstand bedeutet dies, dass rund 2,4 % oder rund 92.000 Unternehmen im Jahr 2023 Umsätze in den USA erzielt haben. Anders als die Frage zu den Geschäftsbeziehungen ist die Frage hier enger gefasst und bezieht sich nur auf die innerhalb eines bestimmten Jahres erzielten Umsätze. Daher fällt dieser Anteil geringer aus als der Anteil der Unternehmen, die grundsätzlich Kundenbeziehungen in den USA unterhalten. Nichtsdestotrotz bleiben die USA für den deutschen Mittelstand wichtigstes Zielland außerhalb Europas.

Rückläufig ist auch der Anteil Auslandsaktiver, die Umsätze in China erzielen, was angesichts der dargestellten Entwicklungen wenig überrascht. Doch auch insgesamt haben Schwellen- und Entwicklungsländer seit 2015 als Exportziel für den deutschen Mittelstand an Bedeutung verloren.

In Russland hat im Jahr 2023 nur noch rund 1 % aller Auslandsaktiven Umsätze erzielt, 10 Prozentpunkte weniger als noch im Jahr 2015. Dies dürfte seine Ursache in den umfassenden Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland haben, die Ausfuhrbeschränkungen für eine Vielzahl von Erzeugnissen aus der EU umfassen. Davon ausgenommen sind nur Erzeugnisse aus dem Gesundheits-, Nahrungsmittel- und Agrarbereich. Gemessen am Handelsvolumen im Jahr 2021 unterliegen gegenwärtig etwa 54 % der europäischen Exporte nach Russland einem Embargo.³⁷

Perspektivisch wird Europa für den Mittelstand noch wichtiger werden

Nicht zuletzt infolge der protektionistischen Handelspolitik der USA und dem steigenden Wettbewerbsdruck in

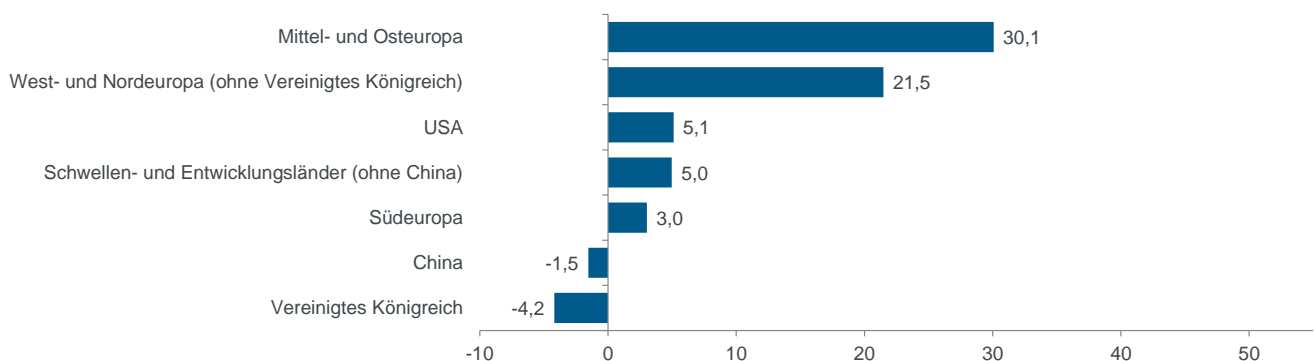
China wird der EU-Binnenmarkt zukünftig für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen noch wichtiger werden. Vor allem Mittel- und Osteuropa werden nach Einschätzung des deutschen Mittelstands stark an Bedeutung für das Auslandsgeschäft gewinnen (Grafik 15). Gerade Polen hat sich zu einem relevanten Exportmarkt für deutsche Unternehmen entwickelt und war im Jahr 2024 mit einem Anteil von 6 % an den gesamten deutschen Warenexporten bereits viertgrößter Handelspartner. Aber auch Länder in West- und Nordeuropa werden aus Sicht des Mittelstands in den kommenden drei Jahren als Exportziel attraktiver werden. In Südeuropa sehen dagegen im Saldo nur wenige Unternehmen neue Absatzchancen, und das Vereinigte Königreich dürfte noch weiter an Bedeutung für das mittelständische Auslandsgeschäft verlieren.

Ausblick auf das zukünftige Auslandsgeschäft von verhalten bis vorsichtig optimistisch

Ungeachtet regionaler Verschiebungen zeigt sich der Mittelstand in seinen Erwartungen mit Blick auf das zukünftige Auslandsgeschäft gespalten (Grafik 16). Rund 38 % aller Auslandsaktiven halten ein moderates Wachstum ihres Auslandsgeschäfts in den kommenden drei Jahren für wahrscheinlich. Nur 1 % erwartet ein starkes Wachstum. Ein weiteres Drittel rechnet zumindest mit stabilen Auslandsumsätzen. Allerdings rechnen auch 20 % mit leicht rückläufigen Auslandsumsätzen, weitere 8 % sogar mit einem starken Einbruch. Insgesamt ist der Ausblick also eher durchwachsen, auch wenn der Saldo mit +11 deutlich im positiven Bereich liegt. Vergleichsweise optimistisch ist der Dienstleistungssektor, eher pessimistisch dagegen der Handel, was für eine Fortsetzung des Trends im Jahr 2024 spricht.

Grafik 15: Europa wird für den Auslandsumsatz des Mittelstands weiter an Bedeutung zunehmen

Entwicklung der Bedeutung verschiedener Regionen für den Auslandsumsatz der Unternehmen in den kommenden drei Jahren



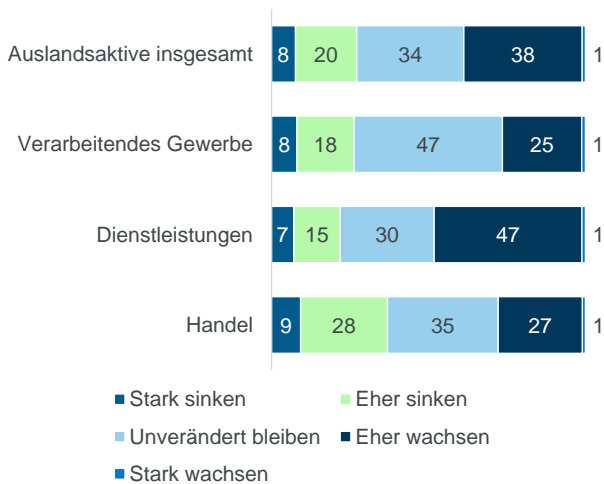
Anmerkung: Saldo der Anteile der Auslandsaktiven, die mit stark / eher zunehmen und stark / eher abnehmen auf die Frage „Wie wird sich Ihrer Einschätzung nach die Bedeutung der folgenden Regionen für den Auslandsumsatz Ihres Unternehmens in den kommenden drei Jahren entwickeln?“ geantwortet haben. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im Januar 2025.

Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Treiber mittelständischer Auslandsumsätze, halten sich positive und negative Ausblicke die Waage. Während ein Viertel aller Unternehmen mit einem moderaten Wachstum des Auslands geschäfts rechnet, gehen 26 % von einem Rückgang aus – 8 % davon sogar von einem starken Einbruch (Grafik 16). Besonders pessimistisch sind Auslandsaktive mit Exportziel USA, von denen 51 % mit einem Rückgang ihrer Auslandsumsätze in den kommenden drei Jahren rechnen. Dies unterstreicht einmal mehr, dass die neue US-Politik bis weit in den deutschen Mittelstand zu spüren ist und die Einführung neuer US-Zölle direkte Auswirkungen auf das Auslands geschäft kleiner und mittlerer Unternehmen hat.

Grafik 16: Erwartete Entwicklung Auslandsumsätze

Anteil der Auslandsaktiven in Prozent, die erwarten, dass ihre Auslandsumsätze in den kommenden drei Jahren ...



Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte. Bausektor aufgrund der geringen Zahl von Beobachtungen nicht separat ausgewiesen.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW Mittelstandspanel im Januar 2025.

In schwierigem globalen Umfeld Wettbewerbsfähigkeit und EU-Binnenmarkt stärken

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Exportwirtschaft dürften absehbar schwierig bleiben. Die protektionistische Handelspolitik der USA setzt sich fort und birgt das Risiko einer Eskalation zu einem globalen Handelskrieg. China will seine Investitionen in Zukunftstechnologien weiter ausbauen und Schlüsselindustrien fördern, womit der Wettbewerb für deutsche Unternehmen weiter zunehmen wird.³⁸ Eine hohe Unsicherheit besteht auch mit Blick auf die Entwicklung der geopolitischen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten.

Unter diesen Bedingungen ist es umso wichtiger, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und attraktive Standortbedingungen sicherzustellen – für größere genauso wie für mittelständische Unternehmen, die wesentlich zu Wertschöpfung, Beschäftigung und Exporten in Deutschland beitragen. So sind 71,5 % aller Erwerbstätigen in Deutschland im Mittelstand beschäftigt und die Auslandsumsätze des Mittelstandes entsprechen 35,4 % der Waren- und Dienstleistungsexporte Deutschlands.³⁹ Dass Standortfaktoren in Deutschland einen wesentlichen Einfluss auf den Exporterfolg auch kleiner und mittlerer Unternehmen haben können, machen die hier dargestellten Befragungsergebnisse nochmals deutlich.

Digitalisierung und Innovationen vorantreiben, die Energie- und Rohstoffversorgung sichern und den Fachkräftemangel bekämpfen – ein aktuelles Positionspapier von KfW Research zeigt mögliche Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik, um diese Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu bewältigen.⁴⁰ Darüber hinaus müssen der Bürokratieabbau weiter vorangetrieben, das Steuersystem vereinfacht und die Transportinfrastruktur modernisiert werden. Bei der Transformation zur Klimaneutralität kommt es darauf an, Nachteile im internationalen Wettbewerb zu vermeiden und Chancen auf den globalen Märkten nutzbar zu machen. Wesentliche Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit werden dabei auf EU-Ebene gesetzt und müssen bei der Umsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf nationaler Ebene berücksichtigt werden.⁴¹ Die EU-Lieferkettenrichtlinie, die laut Koalitionsvertrag mit einem Gesetz über die internationalen Unternehmensverantwortung umgesetzt werden und das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ersetzen soll, ist hier ein Beispiel.

Angesichts des zunehmenden Gegenwinds aus China und den USA ist neben der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auch eine weitere Stärkung des EU-Binnenmarktes notwendig. Zwar gibt es innerhalb des EU-Binnenmarktes keine Zölle, dennoch bestehen vielfältige nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie regulatorische Anforderungen, Vorgaben für die Produktsicherheit und Zertifizierungsvorschriften, die sich von Land zu Land unterscheiden und für viele Unternehmen intransparent sind.⁴² Auch im Dienstleistungshandel bestehen weiterhin hohe administrative Hürden wie nationale Meldepflichten, Versicherungsanforderungen oder

eine mangelnde Anerkennung beruflicher Qualifizierungen, obwohl einige Länder, auch innerhalb der EU, im vergangenen Jahr verschiedene Maßnahmen zur Vereinfachung des Dienstleistungshandels umgesetzt haben.⁴³ Schätzungen des Internationalen Währungsfonds zufolge entstehen dadurch Handelskosten, die von Branche zu Branche variieren, im Durchschnitt jedoch äquivalent zu Zöllen von bis zu 44 % auf Waren und bis zu 110 % auf Dienstleistungen sind.⁴⁴ Ein Abbau dieser Handelshemmnisse verstärkt Anreize für Innovationen, erhöht die Exporte und birgt ein enormes Potenzial für Produktivitäts- und Wertschöpfungsgewinne in allen EU-Ländern.⁴⁵ Gerade kleine und mitt-

lere Unternehmen mit ihrem starken Fokus auf europäische Zielländer könnten davon profitieren. Mit ihrer Ende Mai vorgelegten EU-Binnenmarktstrategie dürfte die EU-Kommission hier wichtige Impulse setzen. Ziel der Strategie ist es, den Abbau bestehender Hemmnisse für Handel und Investitionen innerhalb der EU voranzutreiben und dem Dienstleistungssektor eine neue Dynamik zu verleihen. Zudem sollen kleine und mittlere Unternehmen besser darin unterstützt werden, die Chancen des EU-Binnenmarktes zu nutzen. Wie gut die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen gelingt, liegt in der gemeinsamen Verantwortung der EU-Mitgliedsstaaten.

KfW-Mittelstandspanel

Das KfW-Mittelstandspanel wird seit dem Jahr 2003 als schriftliche Wiederholungsbefragung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland mit einem Umsatz von bis zu 500 Mio. EUR im Jahr durchgeführt.

Mit einer Datenbasis von bis zu 15.000 Unternehmen pro Jahr stellt das KfW-Mittelstandspanel die einzige repräsentative Erhebung im deutschen Mittelstand und damit die wichtigste Datenquelle für mittelstandsrelevante Fragestellungen dar. Durch die Repräsentativität für sämtliche mittelständische Unternehmen aller Größenklassen und Branchen in Deutschland bietet das KfW-Mittelstandspanel die Möglichkeit, Hochrechnungen auch für Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten durchzuführen. In der aktuellen Welle haben sich 9.556 mittelständische Unternehmen beteiligt.

Auf Basis des KfW-Mittelstandspanels werden Analysen zur langfristigen strukturellen Entwicklung des Mittelstands durchgeführt. Das KfW-Mittelstandspanel liefert ein repräsentatives Abbild der gegenwärtigen Situation, der Bedürfnisse und der Pläne mittelständischer Unternehmen in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden jährlich wiederkehrende Informationen zum Unternehmenserfolg, zur Investitionstätigkeit und zur Finanzierungsstruktur. Dieses Instrument bietet die einzigartige Möglichkeit, quantitative Kennziffern mittelständischer Unternehmen, wie Investitionsausgaben, Kreditnachfrage oder Eigenkapitalquoten zu bestimmen.

Zur Grundgesamtheit des KfW-Mittelstandspanels gehören alle mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Hierzu zählen private Unternehmen sämtlicher Wirtschaftszweige, deren jährlicher Umsatz die Grenze von 500 Mio. EUR nicht übersteigt. Ausgeschlossen sind der öffentliche Sektor, Banken sowie Non-Profit Organisationen. Derzeit existiert keine amtliche Statistik, die die Anzahl mittelständischer Unternehmen und die Zahl ihrer Beschäftigten adäquat abbildet. Zur Bestimmung der Grundgesamtheit mittelständischer Unternehmen für das Jahr 2023 wie auch für die Grundgesamtheit der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen im Jahr 2023 wurden im Erhebungsjahr 2024 das Unternehmensregister sowie die Erwerbstätigenrechnung als Ausgangsbasis verwendet.

Die Stichprobe des KfW-Mittelstandspanels ist so konzipiert, dass repräsentative und verlässliche Aussagen generiert werden. Die Stichprobe wird dazu in vier Schichtgruppen unterteilt: Fördertyp, Branchenzugehörigkeit, Beschäftigtengrößenklasse, Region. Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, werden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Für die Bestimmung der Hochrechnungsfaktoren werden die vier zentralen Schichtungsmerkmale verwendet: Die Hochrechnungsfaktoren setzen dabei die Verteilung der Nettostichprobe (entsprechend den vier Schichtungsmerkmalen) ins Verhältnis zur Verteilung in der Grundgesamtheit. Insgesamt werden zwei Hochrechnungsfaktoren ermittelt: Ein ungebundener Faktor zur Hochrechnung qualitativer Größen auf die Anzahl mittelständischer Unternehmen in Deutschland und ein gebundener Faktor zur Hochrechnung quantitativer Größen auf die Anzahl der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen in Deutschland.

Durchgeführt wird die Befragung von der GfK GmbH, im Auftrag der KfW Bankengruppe. Wissenschaftlich beraten wurde das Projekt vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Der Befragungszeitraum der Hauptbefragung der 22. Welle des KfW-Mittelstandspanels lief vom 12.02.2024 bis zum 21.06.2024.

Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel

Die Analysen zur Entwicklung der Auslandsumsätze im Jahr 2024 und den möglichen Auswirkungen der neuen US-Politik basieren auf einer zusätzlichen Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel 2024, die im Zeitraum 13.–21. Januar 2025 durchgeführt wurde. Befragt wurden jeweils sämtliche Unternehmen, die bereits früher an einer Welle des KfW-Mittelstandspanels teilnahmen und zu denen eine valide E-Mail-Adresse bekannt ist. Insgesamt konnten Antworten von 3.165 Unternehmen berücksichtigt werden. Aufgrund der Anbindung an den Grunddatensatz des KfW-Mittelstandspanels geben auch diese Ergebnisse ein repräsentatives Abbild.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter: www.kfw-mittelstandspanel.de

¹ Vgl. hierzu auch KfW Research (2025): Transformation bewältigen, Wachstum stärken, Positionspapier, KfW Research

² Vgl. Sultan, S. und J. Matthes (2025): Exportdominanz Deutschlands im Außenhandel, IW-Report 11/2025, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

³ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025): Gemeinschaftsdiagnose #1-2025 – Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher sowie BMWK (2025): Binnenwirtschaftliche Stabilisierung, außenwirtschaftliche Herausforderungen – Frühjahrsprojektion der Bundesregierung.

⁴ European Council (2025): European defence industry, abgerufen am 31.03.2025 unter <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-defence-industry/>.

⁵ Vgl. BMWK (2025), Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, abgerufen am 31.03.2025 unter <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-sicherheits-und-verteidigungsindustrie.html> sowie Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2025): KfW-Mittelstandspanel 2024 – Mittelstand kann sich Konjunkturlaute nicht entziehen, KfW Research

⁶ Kalender- und saisonbereinigte Werte, vgl. Destatis, Detaildaten zum Außenhandel Dezember 2024, Stand 05.05.2025.

⁷ Vgl. Destatis, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Bundes, Stand 05.05.2025.

⁸ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024): Gemeinschaftsdiagnose #2-2024 – Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach. Zum Wettbewerb Deutschlands mit China siehe auch Ritter, C. und K. Ullrich (2025): Internationaler Wettbewerb im Wandel: Konkurrenz zwischen China und Deutschland auf EU-Märkten, Fokus Volkswirtschaft Nr. 496, KfW Research.

⁹ Die Auslandsumsätze des deutschen Mittelstands umfassen sowohl Exporte als auch Umsätze ausländischer Standorte. Angesichts insgesamt geringer Direktinvestitionstätigkeiten im deutschen Mittelstand – im Zeitraum 2019–2022 haben etwa 1,7 % aller Mittelständler im Ausland investiert – ist davon auszugehen, dass die Umsätze ausländischer Standorte nur einen kleinen Teil der gesamten mittelständischen Auslandsumsätze ausmachen. Vgl. auch Abel-Koch, J. (2024): Erschließung neuer Absatzmärkte wichtigster Grund für mittelständische Auslandsinvestitionen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 446, KfW Research.

¹⁰ Ein allgemeiner Deflator für aggregierte Umsatzvolumen bzw. ein allgemeiner Preisindex, der auf die Umsatzvolumen im Unternehmensbereich angewendet werden könnte, existiert nicht. Vom Statistischen Bundesamt werden unterschiedliche Deflatoren für verschiedene Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsabschnitte verwendet, z. T. auf sehr detaillierter Ebene. Eine ebensolche Unterscheidung ist anhand des KfW-Mittelstandspanels nur sehr eingeschränkt möglich. Daher wird zur Preisbereinigung der Umsätze im Mittelstand der Deflator des Bruttoinlandsproduktes verwendet. Siehe auch Schwartz, M. und Abel-Koch, J. (2024): KfW-Internationalisierungsbericht 2024 – Auslandsgeschäft in Zeiten der Mehrfachkrise: Mittelständische Unternehmen erzielten im Jahr 2022 ein Rekordergebnis, KfW Research.

¹¹ Vgl. Abel-Koch, J. (2024): KfW-Internationalisierungsbericht 2023 – Mittelstand schneidet aktuell vielfach besser ab als die Konkurrenz aus dem Ausland – sieht aber Handlungsbedarf zur Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit, KfW Research.

¹² Vgl. Abel-Koch, J. (2024): Mittelstand sieht wachsende Risiken für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, Fokus Volkswirtschaft Nr. 471, KfW Research.

¹³ Vgl. Abel-Koch, J. (2024): Mittelstand sieht wachsende Risiken für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, Fokus Volkswirtschaft Nr. 471, KfW Research.

¹⁴ Vgl. Abel-Koch, J. (2024): Mittelstand sieht wachsende Risiken für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, Fokus Volkswirtschaft Nr. 471, KfW Research.

¹⁵ Vgl. Icks, A. und F. Welter (2024): Mittelstand: Bürokratie abbauen! Wirtschaftsdienst 2022 (1), S. 7.

¹⁶ Vgl. Haucap, J., Kehder, C. und I. Loebert (2023): Bürokratie und ihre Folgen für die Wirtschaft in Deutschland, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

¹⁷ Vgl. Schwartz, M. (2025): Sieben Prozent der Arbeitszeit im Mittelstand für bürokratische Prozesse, Fokus Volkswirtschaft Nr. 493, KfW Research.

¹⁸ Vgl. Schwartz, M. (2025), Sieben Prozent der Arbeitszeit im Mittelstand für bürokratische Prozesse, Fokus Volkswirtschaft Nr. 493, KfW Research.

¹⁹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Dienstleistungsexporte im Jahr 2024 nominal um 4 % gewachsen, während die Warenexporte um -1,4 % zurückgegangen sind. Vgl. Destatis (2025): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 4. Vierteljahr 2024

²⁰ Vgl. Borger, K., Köhler-Geib, F. und P. Scheuermeyer (2024): Wettbewerbsfähigkeit – vom kranken Mann Europas zum Superstar und zurück: Wo steht die deutsche Wirtschaft?, Fokus Volkswirtschaft Nr. 461, KfW Research.

²¹ Vgl. Abel-Koch, J. (2024): Mittelstand sieht wachsende Risiken für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, Fokus Volkswirtschaft Nr. 471, KfW Research.

²² Vgl. Dany-Knedlik, G., Kriwoluzky, A. und M. Rieth (2025): Sondervermögen für Infrastruktur: 500-Milliarden-Euro-Investitionspaket würde deutsche Wirtschaft aus der Krise holen, DIW aktuell Nr. 111 vom 10. März 2025.

²³ Vgl. Zimmermann, V. (2024): Interne Ressourcen und Umfeld bestimmen die Wettbewerbsstrategie von mittelständischen Unternehmen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 464, KfW Research.

²⁴ Vgl. Matthes, J. und E. Schmitz (2024): Konkurrenzdruck aus China für deutsche Firmen, IW-Report 30/2024.

²⁵ Vgl. Bundeswehr (2025): Handelsschiffe im Visier von Piraterie und Huthi-Miliz, abgerufen am 31.03.2024 unter <https://www.bundeswehr.de/de/handels-schiffe-piraterie-huthi-miliz-5890206#:~:text=Frachter%20werden%20von%20Huthis%20angegriffen,leichteren%20Sch%C3%A4den%20an%20den%20Schiffen.>

²⁶ Vgl. KfW Research (2025): Zwischen Handelsschock und Fiskalimpuls, KfW-Konjunkturkompass Mai 2025.

²⁷ Vgl. International Monetary Fund.

²⁸ Vgl. Matthes, J. (2023): Entwicklung des Konkurrenzdrucks durch China auf dem EU-Markt, IW-Report 39/2 sowie Ritter, C. und K. Ullrich (2025): Internationaler Wettbewerb im Wandel: Konkurrenz zwischen China und Deutschland auf EU-Märkten, Fokus Volkswirtschaft Nr. 496, KfW Research.

²⁹ Vgl. Scheuermeyer, P., Schumacher, D. und K. Ullrich (2025): US-Zollpolitik: Wie verletzlich ist Deutschland?, Fokus Volkswirtschaft Nr. 494, KfW Research.

³⁰ Vgl. Müller, M. (2024): KfW-ifo-Fachkräftebarometer Dezember 2024 – Fachkräftemangel nimmt trotz Wirtschaftsflaute bei Teilen der Dienstleister und am Bau wieder zu, KfW Research.

³¹ Vgl. hierzu auch KfW Research (2025): Transformation bewältigen, Wachstum stärken, Positionspapier, KfW Research.

³² Vgl. Körner, J. (2025): KfW-ifo-Kredithürde Q4 2024 – Rekordanteil der Mittelständler beklagt Kreditrestriktionen, KfW Research.

³³ Vgl. hierzu auch Aghion, P., Bergeaud, A., Lequien, M. und M. J. Melitz (2028): The impact of exports on innovation: theory and evidence, NBER Working Paper No. 24600, Jibril, H. (2023): Innovation, Exporting and Productivity: A Review of the Evidence Base, IRC Insight Paper 007 sowie ZEW (2022): Studie zu den Treibern und Hemmnissen der Innovationstätigkeit im deutschen Mittelstand, Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe.

³⁴ Vgl. Zimmermann, V. (2024): KfW-Innovationsbericht Mittelstand 2024 – Konjunkturelles Umfeld bremst Innovationsaktivitäten, KfW Research sowie die darin zitierten Quellen.

³⁵ Für einen Überblick über mögliche Ansätze, siehe Zimmermann, V. (2024), KfW-Innovationsbericht Mittelstand 2024 – Konjunkturelles Umfeld bremst Innovationsaktivitäten, KfW Research.

³⁶ Vgl. Peters, B., Roberts, M. J. and V. A. Vuong (2022): Firm R&D investment and export market exposure, Research Policy, Vol. 51(10).

³⁷ Vgl. European Council (2025): EU sanctions against Russia explained – Consilium abgerufen am 31.03.2025 unter <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions-against-russia-explained/>.

³⁸ Vgl. Gusbeth, S. (2025): China überholt Vorbild Deutschland, abgerufen am 31.03.2024 unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/industriepolitik-china-ueberholt-vorbild-deutschland/100111423.html>, Poll, D. (2025): China investiert massiv in Robotik und Hightech-Industrie, abgerufen am 31.03.2024 unter <https://www.produktion.de/technik/robotik-automation/china-investiert-massiv-in-robotik-und-hightech-industrie-714.html>.

³⁹ Die Anteile an Beschäftigung und Exporten beziehen sich hier auf den Mittelstand definiert als die Gesamtheit privater Unternehmen in Deutschland mit einem Umsatz von bis zu 500 Mio. EUR im Jahr. Der Anteil an der Wertschöpfung kann für die Gesamtheit kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland mit bis zu 249 Beschäftigten – einer deutlich engeren Definition von Mittelstand – auf 50,3 % geschätzt werden, vgl. EU Commission (2024): 2024 SME Country Fact Sheet Germany.

⁴⁰ Vgl. KfW Research (2025): Transformation bewältigen, Wachstum stärken, Positionspapier, KfW Research.

⁴¹ Vgl. KfW Research (2025): Transformation bewältigen, Wachstum stärken, Positionspapier, KfW Research.

⁴² Vgl. DIHK (2025): Going International 2025, DIHK (2025): DIHK-Umfrage zu Binnenmarkthindernissen 2024, Deloitte (2025): Handelsschranken im europäischen Binnenmarkt – Exportplus durch Bürokratieabbau, Supply Chain Pulse Check.

⁴³ Vgl. OECD (2025): OECD Services Trade Restrictiveness Index: Policy trends up to 2025 sowie Dorn, F., Flach, L. und I. Gourevich (2024): EU-Binnenmarkt stärken: Die ungenutzten Potenziale eines vertieften Dienstleistungshandels, ifo-Schnelldienst 5 / 2024, S. 24–29.

⁴⁴ Vgl. IMF (2024): Europe's declining productivity growth: diagnoses and remedies, Region Economic Outlook Note 2024/001.

⁴⁵ Siehe hierzu unter anderem IMF (2024): Europe's declining productivity growth: diagnoses and remedies, Region Economic Outlook Note 2024/001., Dorn, F., Flach, L. und I. Gourevich (2024): EU-Binnenmarkt stärken: Die ungenutzten Potenziale eines vertieften Dienstleistungshandels, ifo-Schnelldienst 5/2024, S. 24-29 sowie Deloitte (2025): Handelsschranken im europäischen Binnenmarkt – Exportplus durch Bürokratieabbau, Supply Chain Pulse Check.